



Systemrelevant?

Das hatten wir schon ...

Wie Unterschiede im Verständnis ein und desselben Begriffs in der Finanzkrise 2008 und in der Corona-Pandemie 2020 aufzeigen, dass es eines grundlegenden Wandels bedarf. Von Judith Amler

März 2020: Europaweit treten Menschen jeden Abend auf die Balkone, um für Corona-Helfer*innen zu klatschen. Berufsstände, die jahrelang jeder gesellschaftlichen Anerkennung entbehrten, erfahren mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie eine sprunghaft gestiegene Aufmerksamkeit. Dankbarkeit äußert sich nicht mehr nur seitens derjenigen, die tatsächlich der Hilfe von Kranken- und Pflegepersonal bedürfen, sondern die Gesellschaft applaudiert insgesamt. In der Angst vor dem Virus und aus Respekt vor denjenigen, die sich seiner Bekämpfung tagtäglich aussetzen, wird Menschen, die die grundlegende Versorgung der Gesellschaft selbst in Zeiten des sogenannten Lockdowns sichern, ein Held*innen-Status zuerkannt. Regierungspolitiker*innen ergehen sich in Lobeshymnen auf das Personal von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und erkennen es als systemrelevant an.

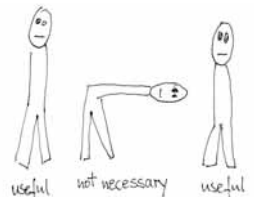
Die Finanzkrise 2008 und ihre Folgen

September 2008: Mit dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers wird eine sich lang ankündigende Krise des globalen Finanzsystems manifest. Nur wenige Tage nach der Insolvenz der US-amerikanischen Großbank stehen knapp 25.000 Mitarbeiter*innen auf der Straße. Bilder von Banker*innen, die Kartons mit persönlichen Gegenständen aus dem Büroturm am New Yorker Times Square tragen, prägen die mediale Berichterstattung überall. Doch die Folgen der Pleite gehen weit über persönliche Schicksale hinaus. Die ungeordnete Insolvenz der global agierenden Bank erschüttert das Finanzsystem

weltweit und mündet in eine massive Vertrauenskrise, die die Politik rund um den Globus zum Handeln bringt. Sogenannte systemrelevante Banken werden mit Milliardenhilfen aus staatlichen Töpfen gerettet und bringen schließlich Staaten selbst an den Rand des Ruins. Die Folgen dieses Handelns spüren die Bürger*innen unzähliger Länder bis heute. Gerade an der sozialen Sicherung und auch im Gesundheitssektor wurde zur Tilgung der Staatsverschuldung in den letzten zehn Jahren vielerorts massiv gespart, wobei sich ein schon Ende der 70er Jahren begonnener Trend fortgesetzt hat; allerdings mit einer nochmals deutlich gestiegenen Intensität.

Heute wirkt die Corona-Pandemie wie ein Brennglas auf Ungerechtigkeiten, die nicht plötzlich durch ein Virus verursacht worden sind, sondern schon lange bestehen. Der Begriff der Systemrelevanz taugt dabei wenig zur Analyse dessen, was geschieht, sondern zeigt lediglich offen auf, dass es Zeit ist zu reden und schnell ins Handeln zu kommen.

2008 hatte die Deklaration von Geldinstituten als systemrelevant zur Folge, dass staatliche Gelder in Milliardenhöhe in den privatwirtschaftlich organisierten Bankensektor gepumpt worden sind. Regierungen argumentierten unisono, dass andernfalls gerade die kleinen Leute als letztlich Geschädigte verblieben. Der Schutz ihrer Rücklagen und Versicherungen sei das Ziel aller Rettungsmaßnahmen, die jedoch, wie der weitere Lauf der Geschichte zeigt, gerade Großbanken halfen und sie weiterwachsen ließen. Die Regierungen versäumten es letztere zu zerschlagen, um in Zukunft



zu verhindern, dass eine einzelne Bank „too big to fail“ ist und ihre Insolvenz eine ganze Volkswirtschaft ruinieren kann. Auch viele weitere Maßnahmen, die für eine höhere Stabilität des Finanzsystems hätten sorgen können, blieben aus. Stattdessen erfolgte eine massive Umverteilung von Finanzmitteln, weg von sozialstaatlichen Programmen hin zum privatwirtschaftlich organisierten Finanzsektor.

Großbanken agieren bis heute auf Schattenfinanzplätzen und in Steueroasen, machen durch Spekulation auf Nahrungsmittel und Land Geschäfte mit dem Hunger und investieren in die Rüstungsproduktion. Schließlich vergeht kein Jahr, in dem nicht gerade auch deutsche Institute vor allem

durch Skandale wie Geldwäsche und Zinsmanipulation auf sich aufmerksam machen. Die Boni der Bankenvorstände, die in der Finanzkrise von staatlichen Hilfen profitierten, erreichen bis heute Millionenhöhe.

Wer zahlt für die Corona-Krise? Die Zuspitzung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich

Währenddessen rieben sich viele Pflegefachkräfte nach dem Frühjahr 2020 die Augen. Anders als es alle Klatschparaden und vollmundigen Lobpreisungen vermuten ließen, verbesserten sich die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich nicht. Zwar erhielten viele Pflegekräfte, aber bei weitem nicht alle, während der ersten pandemischen Welle einen kleinen finanziellen Bonus. Die Arbeitszeiten wurden jedoch in vielen Fällen deutlich verlängert, und eine längerfristige und deutliche Aufwertung ihrer Leistungen ist nicht in Sicht. Die zwischenzeitliche Aufmerksamkeit äußert sich kaum auf dem Konto, sondern erweist sich als symbolischer Akt der Ermutigung, sich für die Arbeit am und mit dem Mitmenschen auch unter Coronabedingungen aufzuopfern.

Sicherlich müssen sich viele Beschäftigte in der Kranken- und Altenpflege sowie in der Betreuung in Zeiten der Pandemie kaum um ihre Anstellung sorgen, es gibt tatsächlich riesigen Bedarf an ihrer Arbeitskraft. Dafür steigt eine andere Angst jeden Tag ins Auto der mobilen Altenpflegerin mit ein, sie begleitet die Reinigungskraft, die Intensivstationen putzt, und sie

macht dem Pflegefachmann zu schaffen, der rund um die Uhr wie Hunderttausende von Arbeiter*innen in versorgungsrelevanten Berufen fürchten muss, an Covid-19 zu erkranken und/oder Angehörige mit dem Virus anzustecken, dem sie tagtäglich begegnen.

Dabei besteht die Hoffnung, dass neue Impfstoffe und Medikamente die Pandemie mittelfristig eindämmen können. Es ist möglich, dass die Menschheit den Weg in das frühere Leben zurückfindet und sich die Situation wieder normalisiert. Wobei sich immer mehr Menschen die Frage stellen: Welche Folgen bleiben? Und was wäre durch eine Rückkehr zum bereits Bekannten gewonnen?

Die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich verbesserten sich nicht

Zunächst ist es alles andere als unwahrscheinlich, dass die Folgen der Covid-19-Pandemie noch für lange Zeit spürbar sein werden. Vielerorts und auch hierzulande haben Staaten hohe Summen zur Unterstützung von Wirtschaftszweigen bereitgestellt. Enorme Summen an Geld werden dafür aufgewendet. Auch Branchen und Produktionsweisen, die schon lange als reformbedürftig bis nicht mehr zukunftsfähig gelten, werden gerettet und protegert.

Es ist nicht auszuschließen, dass diese immensen Kosten dazu führen, dass sie durch neuerliche Einsparungen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen kompensiert werden und so gerade diejenigen für die Krise zahlen, die bei ihrer Eindämmung am wichtigsten waren. Die Privatisierung und damit die Unterordnung wohlfahrts- und gesundheitsrelevanter Bereiche unter ökonomische Aspekte, die wir seit Jahrzehnten erleben, sprechen für sich.

Während Klinikkonzerne seit der Einführung des Fallpauschalen-Systems riesige Gewinne erwirtschaftet haben und in Deutschland jedes Jahr viele Millionen Euro an Mitgliedsbeiträgen von gesetzlich Krankenversicherten als Aktiengewinne ausgeschüttet und damit der Gesundheits- und Krankenversorgung entzogen wurden, wissen Ärzt*innen und Pflegefachkräfte ein Lied davon zu singen, was die Standardisierung ihrer Arbeit für das leibliche und seelische Wohl der Patient*innen bedeutet. Es steht weniger Zeit zur Verfügung, sich um die Menschen zu sorgen. Ähnliches gilt für die Altenpflege, in der Mitarbeiter*innen



inzwischen selbstverständlich mit mobilen Zeiterfassungsgeräten unterwegs sind und jede Minute, die sie über die für eine bestimmte Maßnahme vorgesehene Zeit für die zu Pflegenden da sind, selbst verantworten müssen. Kleine dezentrale Einrichtungen werden geschlossen und die Versorgung in der Fläche gerät unter Druck. Damit wächst nicht zuletzt die Sorge, dass Mitarbeiter*innen in der Pflege nicht nur nicht besser bezahlt werden, sondern dass ihre Arbeit sich nochmals mehr in den privaten, ehrenamtlich bestimmten Bereich verlagert. Das System, das wir haben, lebt nicht zuletzt von seinem eigenen Selbstverständnis, dass

Sorgearbeit im Zweifelsfall auch gratis zu haben ist. Sie ist systemrelevant. Sorgearbeit ist aber damit noch lange nicht Teil eben dieses Systems, das von ihr gestützt wird.

Die Anerkennung von Sorgearbeit erschöpft sich in Symbolpolitik

Das Wirtschaftssystem, das wir kennen, ist wachstumsbasiert. Es baut darauf auf, die Produktivität permanent zu erhöhen und lässt die Reproduktion fast vollkommen außer Acht. Während Investmentbanken in Folge der Finanzkrise 2008 gerettet wurden, verhungern die heute als systemrelevant geehrten Erbringer*innen von Sorgearbeit am langen Arm. Dabei investieren auch sie, und in nicht zu unterschätzender Weise, in den sozialen Fortschritt. Dieser bedarf nicht unbedingt eines Zuwachses an materiellen Gütern, sondern wird allgemein als ein besseres Leben verstanden. Wo jedoch bliebe dieses, wo keine*r sich um das individuelle Leben kümmert, erzieht, pflegt und sorgt?

Letzteres übernehmen immer noch ganz überwiegend Frauen* und, je prekärer sich die Finanzierung gestaltet, zunehmend Migrant*innen, die im Gegensatz zu Kapitaleigner*innen fern jeder Lobby schufteten. Sich politisches Gehör zu verschaffen, ist ihnen nahezu unmöglich. Selbst jenen, die alle Bürger*innenrechte haben, fehlt oftmals die Zeit für politisches Engagement. Streiks sind kaum denkbar, wenn jede Verweigerung der Arbeit sich kaum auf die Gewinne der Arbeitgeber*innen auswirkt, sondern zuallererst auf

Kosten von Kindern und Patient*innen geht und damit nur mittelbar politische Wirkung entfalten kann. Und schließlich haben diejenigen, die gerade auch im häuslichen Bereich Pflegedienste verrichten und nicht selten keinen deutschen Pass besitzen, kaum eine Möglichkeit zur Vernetzung und Organisierung ihrer Interessen.

Eine gute Nachricht ist dabei, dass die Arbeitskämpfe im Herbst 2020 dazu geführt haben, dass immerhin das Gehalt, das nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Beschäftigten bezahlt werden muss, durch Prämien und Zulagen steigt. Dies allerdings

war nicht unmittelbar logisches Ergebnis der wortreich gepredigten Systemrelevanz ihrer Arbeit, sondern durch Streiks und harte Verhandlungen errungen.

Was also bringt es, von Systemrelevanz zu sprechen, wenn aus diesem Begriff völlig unterschiedliche Maßnahmen abgeleitet werden, je nachdem, ob es um Großbanken oder um Arbeiter*innen im Niedriglohnsektor geht? Viele Pfleger*innen haben 2020 zu Recht beklagt, dass rein symbolische Akte wie abendliches Klatschen ihre Arbeit letztlich, wenn auch ungewollt, verhöhnen. Bereits lange vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie lag es offen zutage, dass die Arbeitsbedingungen in heute als systemrelevant gehuldigten Berufen kaum tragbar sind. Nicht zuletzt deswegen gibt es immer weniger Menschen, die solche Berufe ergreifen und immer mehr Personal, das auszubrennen und selbst in den Krankenstand zu gehen droht.

Derweil versucht sich die Regierung, sofern sie nicht durch engagierte und konsequente Arbeitskämpfe zum Umsteuern gezwungen wird, weiterhin vor allem in Imagekampagnen und Symbolpolitik. „Mach Karriere als Mensch!“, so lautet das Motto einer Offensive des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder für Gedöns, wie Exkanzler Schröder es einmal nannte. Mit dieser sollen mehr junge Menschen dazu animiert werden, eine Ausbildung in der Pflege zu beginnen und damit den eklatanten Bedarf an Fachkräften zu decken. Im Rahmen einer YouTube Serie, die cool und hip daherkommen will, werden Pflegende überwiegend allerdings nicht nur als

oberflächlich bis selten dumm dargestellt und gerade in diesem Kontext mit sexistischen und rassistischen Chauvinismen belegt, sondern es geht zentral um den Begriff der Ehre. *Ehrenpflegas*, so der Name aller fünf Folgen der Serie. Tarifrechtliche Aspekte spielen, abgesehen von vielen weiteren problematischen Aspekten, wohlwollend gesehen bei insgesamt gut 30 Minuten in sage und schreibe zehn Sätzen eine Rolle. Ansonsten geht es vor allem um Liebe.

Doch das System, das wir kennen, lebt nicht von Luft und Liebe. Es lebt von der Produktion und vom Profit. Kein Mensch würde daher auf die Idee kommen, eine Imagekampagne für den Beruf des*der Banker*in aufsetzen zu müssen. Das Geld, das sich in diesem Sektor verdienen lässt, und die Statussymbole, die sich damit kaufen lassen, sprechen für sich. Übrigens auch bei den *Ehrenpflegas*, bei denen ein junger Bank-Azubi in einer Folge mit Geldscheinen um sich wirft. Zugegebenermaßen wird hier gleichzeitig insinuiert, dass sich von einer Ausbildungsvergütung von etwas über 1.000 EUR im Monat von Pflege-Azubis ein schickes Cabrio kaufen ließe. Dass letzteres nur in seltensten Fällen und unter bestimmten (finanziellen) Ausgangsbedingungen zutrifft, dürfte keine Überraschung sein.

Davon abgesehen, stellen sich spätestens im Jahr 2020 ganz andere Fragen. Inzwischen rutschen wir von einer Krise in die nächste, wenngleich sich halbwegs verantwortungsvolle Regierungen noch immer jedes Mal um eine Abmilderung bemühen. Nach der Bankenkrise 2008 kam die Eurokrise 2009. Auch der Zuzug von mehr als einer Million Migrant*innen im Jahr 2015 wurde als eine Flüchtlingskrise gelesen. Heute stecken wir inmitten der Corona-Krise und deren Folgen. Und morgen, das ist absehbar, müssen wir mit einem fortschreitenden Klimakollaps umzugehen lernen.

Der Neoliberalismus als Störfaktor für das menschliche Überleben

Dies verweist auf Fragen, die sich spätestens heute dringend stellen. Ist das System, das wir kennen, selbst überhaupt relevant für das menschliche Überleben? Oder bedarf es dafür nicht einer substanziellen sozialen und ökologischen Transformation, bei der priorisiert werden muss, was für ein gutes Leben wirklich wichtig ist?

Inzwischen liegt es sogar für den Chef des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, auf der Hand, dass der Neoliberalismus ausgedient hat. In Davos

steht ein „Great Reset“ auf der Agenda. Gestritten werden muss nun, ob es nur um eine Systemverbesserung oder um eine Systemveränderung gehen soll. Schwab und andere haben erkannt, dass die wachsende Schere zwischen Arm und Reich sowie die Klimakrise unerbittlich sind und der Markt alleine keine Probleme löst. Allein dies zeugt von der Überkommenheit des bisherigen Systems, in dem Sozial- und Naturkapital sowie das menschliche Kapital als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Nichtsdestotrotz geht es in Davos weiterhin um den Wettbewerb. Wie jedoch soll sich Sorgearbeit unter diesem Paradigma verstehen? Menschen- und Grundrechte lassen sich, würden sie endgültig und vollkommen anerkannt, nicht ausspielen gegen den Profit. Die Würde jedes Lebens darf nicht davon abhängen, ob es bezahlbar ist.

Es ist an der Zeit, nicht mehr und erst recht nicht erst jetzt zu diskutieren, dass Sorgearbeit systemrelevant ist. Wir müssen sie schlichtweg als lebensnotwendig anerkennen. Und davon ausgehend eine Wirtschaftsweise entwickeln, die statt der Produktion die Reproduktion von menschlichen und ökologischen Ressourcen in den Vordergrund stellt.

Dies mag zunächst utopisch erscheinen. Doch letztlich ergeben sich von der anderen Seite her besehen mittelfristig nichts anderes als Dystopien, in denen wieder zwischen angeblich lebenswertem und angeblich un lebenswertem Leben unterschieden wird, in denen sich das Überleben nur noch durch grenzenlose Gewalt bewerkstelligen lässt und/oder in denen der Planet Erde zunehmend unbewohnbar wird.

Wie es anders gehen könnte und/oder wenigstens eine substanzielle Transformation eingeleitet werden könnte, dafür liegen zahlreiche Vorschläge vor; sie reichen von einer nationalen Arbeitszeitverkürzung bis hin zur Einführung eines weltweiten bedingungslosen Grundeinkommens und globaler solidarischer Ökonomie. Ein erster Schritt wäre globale Finanzmärkte endlich substanziell zu regulieren und anzuerkennen, dass die Menschenrechte und jedes Leben wichtiger sind als der Profit.<

Judith Amler
ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Während der Corona-Krise entwickelte das globalisierungskritische Netzwerk die Kampagne #Was-WirklichWichtigIst.